

ABSENDER

An
Herrn/ Frau XY MdB
Wahlkreisbüro Partei
Straße, Hausnr.
PLZ, Ort

Ort, XX.XX.2023

Unterstützung der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Sehr geehrte Frau /geehrter Herr XY,

vor Kurzem hat die Regierungskoalition des Bundestages den **Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts** in den Bundestag eingebracht. Als demokratische Vertretung der Menschen mit internationaler Familiengeschichte und Fachgremium für Chancengerechtigkeit und Integration ist es dem Integrationsrat der Stadt XXX ein besonderes Anliegen, dass die dringend notwendige Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes zeitnah umgesetzt wird. Ich bitte Sie daher recht herzlich, sich im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Kommune für die Modernisierung des Gesetzes im Bundestag einzusetzen.

Für die Pläne der Regierungskoalition spricht eine angemessene Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten derjenigen, die seit Jahrzehnten ohne deutschen Pass in Deutschland leben, Kinder großziehen, arbeiten, Steuern zahlen und sich häufig auch ehrenamtlich für unsere Gesellschaft engagieren. Ein Großteil der Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist schon längst integriert und identifiziert sich mit der Bundesrepublik Deutschland, der deutschen Sprache und Kultur. Dennoch sind diese Menschen in einigen Bereichen von Mitbestimmung und Teilhabe ausgeschlossen. So klafft eine immense Lücke zwischen Wohn- und Wahlbevölkerung. Viele Einwohnerinnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen und können nicht einmal auf kommunaler Ebene Einfluss auf die eigenen Lebensbedingungen nehmen. Dies ist nicht nur für die Betroffenen nachteilig, sondern ein großer Verlust für unserer Demokratie!

Eine deutsche Staatsangehörigkeit ermöglicht darüber hinaus nachweislich auch bessere Partizipationsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt sowie in den Bereichen Schule und Bildung.¹ Zudem verstärkt ein besserer Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit auch den Einbürgerungswillen und das Zugehörigkeitsgefühl zum deutschen Staat.

Die Hinnahme von Mehrstaatigkeit begrüßt der Integrationsrat der Stadt XXX eindeutig, trägt sie doch der Identifikation vieler Menschen mit internationaler Familiengeschichte mit Deutschland und der Herkunftskultur bzw. den Herkunftsland Rechnung. Mehrere Millionen Menschen in Deutschland verfügen bereits über eine sogenannte Doppelte Staatsbürgerschaft, denn es erfolgen etwa 69 % der Einbürgerungen ohnehin unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit². Dass dies nicht allen Einbürgerungswilligen zugestanden wird, widerspricht dem Geiste unseres Grundgesetzes, vor dem alle Menschen gleich zu behandeln sind. Mehr noch kommt die Bedingung, die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes bei der Einbürgerung abzulegen, einer Verleugnung der Person gleich und widerspricht der Wahrung ihrer Menschenwürde.

Die Anerkennung der bikulturellen Identitäten der Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist darüber hinaus ein probates Mittel gegen rassistische Ideologien von Ungleichwertigkeit. Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland, dessen geistiger Reichtum sich aus einer Vielzahl kultureller Einflüsse speist. Die sogenannte Doppelte Staatsbürgerschaft birgt das Potenzial, die ethnisch vielfältige deutsche Bevölkerung zu vereinen. Des Weiteren kann das Bedürfnis, die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes nicht aufzugeben, durchaus auch pragmatische Gründe haben. So sind Fragen des Besitz- oder Erbrechtes oder auch des Rentenanspruchs vielfach an die Staatsangehörigkeit gekoppelt. Daher ist die Aufgabe der Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes für viele Menschen problematisch.

Sehr geehrte Frau /geehrter Herr XY,

Argumente, nach denen mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts eine Entwertung der deutschen Staatsangehörigkeit mit sich bringt, sind populistischer und rassistischer Natur. Denn auch bei einer Novellierung des Gesetzes müssen bestimmte Gegebenheiten seitens der Einbürgerungswilligen erfüllt sein, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Mit Ausnahme von Seniorinnen und Senioren, die aus verschiedenen Gründen keine Gelegenheit hatten, die deutsche Sprache zu erlernen, und die altersbedingt kognitiv nicht hierzu in der Lage sind, gehören gute Sprachkenntnisse zur Voraussetzung einer Einbürgerung. Auch ist mit der deutschen Staatsbürgerschaft kein „Einschleichen“ in die Sozialsysteme möglich. Zum einen sind Sozialleistungen mitnichten an die deutsche Staatsangehörigkeit gekoppelt, zum anderen besteht die Voraussetzung, den eignen Lebensunterhalt zu bestreiten, auch bei einer Novellierung fort.

¹ Vgl. Aussagen der Staatsministerin Alabali Radovan <https://taz.de/Integrationsbeauftragte-ueber-Einbuengerung/!5895499/>, des Integrationsforschers Aladdin El-Mafaalani <https://www.evangelisch.de/inhalte/208957/01-12-2022/migrationsexperte-doppelte-staatsbuergerschaft-wichtig-fuer-demokratie>, Pressemitteilung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung <https://www.bib.bund.de/DE/Presse/Mitteilungen/2022/2022-12-22-Einbuengerungen-erhoehen-Bildungserwartungen-und-verbessern-schulische-Leistungen-von-Kindern.html> abgerufen am 09.02.2023.

² Angabe für das Jahr 2021; vgl. „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Einbürgerungen“ Fachserie 1, Reihe 2.1. Statistisches Bundesamt, 2022.

In diesem Sinne bittet der Integrationsrat XXX im Namen der Einwohnerinnen und Einwohner mit internationaler Familiengeschichte Sie eindringlich darum, die genannten Punkte bei der Behandlung des Gesetzentwurfes zu berücksichtigen. Damit handeln Sie nicht nur im Interesse der Menschen, denen eine erleichterte Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit zugutekäme, sondern stärken zugleich unseren demokratischen Rechtsstaat, das friedliche gleichberechtigte Zusammenleben in einer Gesellschaft, die von einer vielfältigen deutschen Bevölkerung mit vielfältigen Potenzialen und Perspektiven bereichert wird – kulturell wie auch wirtschaftlich.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende/Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt XXX